



Neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Nachdem sich die Friedrich-Ebert-Stiftung bereits im vergangenen Jahr in einer vielbeachteten Untersuchung mit den sich wandelnden politischen Milieus in Deutschland beschäftigt und damit einen großen gesellschaftlichen Diskussionsprozess angestoßen hatte, liegen nun die ersten Ergebnisse einer neuen repräsentativen Befragung über Einstellungen zu Reformen und Potenziale der Demokratieentfremdung und Wahlverhalten vor.

Zentraler Befund der Studie ist die Offenlegung einer großen grundsätzlichen Distanz der Bürger zur Politik. Jeder Dritte glaubt nicht mehr daran, dass die Politik in der Lage ist, Probleme zu lösen.

Die vom Münchner Institut Polis/Sinus erstellte Studie soll die Ursachen herausfinden, warum immer mehr Menschen den Wahlen fernbleiben, aber auch als Grundlage für die Entwicklung von zielgruppengerechten Bildungsangeboten durch die Friedrich-Ebert-Stiftung dienen.

Hören Sie dazu auch ein Interview des Deutschlandfunk (Dradio) mit Frank Karl, Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitische Information, vom 28. Juni 2008.

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Presse, Kommunikation und Grundsatzfragen
Peter Donaiski
Tel.: 030 / 26 935-924
e-Mail: presse@fes.de

Arbeitspapier (Entwurf)

Persönliche Lebensumstände, Einstellungen zu Reformen,
Potenziale der Demokratieentfremdung und Wahlverhalten

Eine Untersuchung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Durchführendes Institut:

polis / sinus. Gesellschaft für Sozial- und Marktforschung mbH, München

Ansprechpartner: FES Berlin, Presse, Kommunikation und Grundsatzfragen,
Peter Donaiski, Tel.: 030 / 26 935-924, e-Mail: presse@fes.de

Rahmendaten:

Methode:	Persönlich-mündliche Repräsentativbefragung
Grundgesamtheit:	Deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren in Privathaushalten
Realisierte Stichprobe:	n = 2.503 Interviews, disproportionaler Ansatz mit West = 1.750 und Ost = 753 Befragten
Feldzeit:	24.1. – 4.3.2008

1

Persönliche Lebensumstände

„Fühlen Sie sich in Ihrem Leben eher gerecht oder eher ungerecht behandelt?“

62 Prozent der Bundesbürger fühlen sich im Leben „eher gerecht“, 26 Prozent „eher ungerecht behandelt“. Weitere 12 Prozent können oder wollen sich diesbezüglich nicht äußern.

„Eher gerecht behandelt“ sehen sich dabei vorrangig:

- Befragte, die sich selbst als Angehörige von höheren sozialen Schichten einstufen	86 %
- Pensionäre	84 %
- leitende Angestellte/ Beamte	81 %
- einfache oder qualifizierte Beamte	80 %
- Anhänger der CDU/CSU	80 %
- Anhänger der Grünen	74 %
- und Befragte mit (Fach)Abitur	75 %

„Ungerechte Behandlung“ beklagen hingegen auffallend häufig

- Arbeitslose	74 %
- Befragte aus Hartz-IV-Haushalten	71 %
- Befragte mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 700 Euro	59 %
- Anhänger von Rechtsparteien	55 %
- Arbeiter	48 %
- und potenzielle Nichtwähler	43 %

Ganz offensichtlich fühlen sich sozial Schwächere eher ungerecht behandelt als Bürger aus höheren sozialen Verhältnissen.

Wir hatten in der qualitativen Vorstudie ermittelt, dass „Gerechtigkeit“ zunächst einmal ein „unpolitischer“ Begriff ist. Richtung: Das Leben hat es gut mit uns gemeint, mir ist Gerechtigkeit widerfahren. Das sehen die sozial Schwächeren nicht so. Wer ist schuld, „das Leben“, die Politik?

„Würden Sie von sich persönlich sagen, dass Ihr Leben alles in allem in sicheren Bahnen verläuft?“

Für insgesamt drei Viertel der Bundesbürger verläuft das Leben „alles in allem in sicheren Bahnen“. 18 Prozent stimmen dieser Aussage vorbehaltlos zu, weitere 58 Prozent mit Einschränkungen.

Jeder Fünfte kann sich der Aussage nicht anschließen. Für 16 Prozent läuft das Leben „eher nicht“ in sicheren Bahnen, für weitere 3 Prozent „überhaupt nicht“. Weitere 5 Prozent enthielten sich.

„Aus der Bahn geworfen“ fühlen sich insbesondere

- Arbeitslose	74 %
- Personen, die in Hartz-IV-Haushalten leben	66 %
- und Befragte mit monatlichen Haushalts- Nettoeinkommen unter 700 Euro	54 %

Ebenfalls nicht in „sicheren Bahnen“ verläuft das Leben für die Mehrheit der Bürger, die laut eigener Auffassung vom „Leben ungerecht behandelt werden“ (60 %). Die fühlen sich nicht nur ungerecht behandelt, sondern ihnen fehlt etwas ganz wichtiges im Leben – siehe die Rangreihe der Werte – Sicherheit (und Geborgenheit).

„Erwartungen bezüglich der Zukunft: Was trifft für Sie persönlich für die nächsten 5 Jahre am ehesten zu?“

16 Prozent der Bundesbürger machen sich große Sorgen um die finanzielle Zukunft und rechnen damit, dass es ihnen persönlich in den kommenden Jahren sehr viel schlechter gehen wird.

Große Sorgen um die materielle Zukunft machen sich insbesondere:

- Arbeitslose	52 %
- Befragte aus Hartz-IV-Haushalten	49 %
- Befragte mit einem Haushalts-Nettoeinkommen unter 700 Euro	38 %
- und Befragte, die sich im Leben „eher ungerecht Behandelt fühlen“	36 %

Weitere 53 Prozent der deutschen Bevölkerung haben zumindest manchmal Sorgen, dass sie sich finanziell spürbar einschränken müssen. Überdurchschnittlich häufig stuften sich in dieser Antwortkategorie ein:

- Arbeiter	60 %
- Angestellte	58 %
- und Befragte mit Hauptschulabschluss	58 %

Nur 31 Prozent der Deutschen sind sorgenfrei bzw. optimistisch. Weitgehend positiv sehen der Zukunft dabei vor allem entgegen:

- Angehörige höherer sozialer Schichten	66 %
- und Pensionäre	63 %

sowie – wenn auch weniger deutlich ausgeprägt – auch:

- leitende Angestellte / Beamte	49 %
- einfache / qualifizierte Beamte	48 %
- Anhänger der FDP	47 %
- Anhänger der CDU/CSU	46 %
- (zum Vergleich: Anh. der SPD	31 %)!)
- unter 24-Jährige	46 %
- Befragte mit (Fach)Abitur	46 %

„Was würden Sie von sich selbst sagen: Fühlen Sie sich voll und ganz auf der Verliererseite, eher auf der Verliererseite, eher auf der Gewinnerseite oder voll und ganz auf der Gewinnerseite der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung?“

37 Prozent sehen sich voll und ganz / eher auf der Gewinnerseite des Lebens. Eher bzw. voll und ganz auf der Verliererseite verorten sich hingegen 23 Prozent. Weitere 40 Prozent ordnen sich keiner der beiden Seiten zu.

Besonders häufig auf der „Verliererseite des Lebens“ befinden sich laut Selbsteinschätzung:

- Arbeitslose	81 %
- Hartz-IV-Haushalte	77 %
- Haushalts-Nettoeinkommen unter 700 Euro im Monat	64 %
- Vom Leben „ungerecht Behandelte“	54 %
- Anhänger von Rechtsparteien	52 %

2

Einstellungen zur Reformpolitik

„Es gibt ja unterschiedliche Meinungen darüber, ob die Reformpolitik der Bundesregierung in Deutschland weitergeführt werden sollte oder nicht. Sagen Sie mit bitte, welcher dieser Aussagen Sie am ehesten zustimmen:“

Die Mehrheit der Bundesbürger (57 %) ist reformskeptisch eingestellt: 35 Prozent sprechen sich für eine Reformpause aus, weitere 22 Prozent fordern gar eine Rückgängigmachung von Reformen der letzten Jahre.

Insgesamt 42 Prozent sprechen sich für weitere Reformen aus: weitere 36 Prozent sprechen sich für ein moderates Reformtempo aus, nur 6 Prozent möchten die kommenden Reformschritte „möglichst schnell durchgeführt“ sehen,.

Folgende Pro- und Contra-Gruppen stehen sich dabei gegenüber:

Pro Reformen (insgesamt 42 %)

Pensionäre	66 %
Anhänger der Grünen	59 %
16- bis 24-Jährige	56 %
Befragte mit Abitur	56 %
Höhere Schichten	55 %
Beamte	54 %
Leitende Ang./Beamte	54 %
CDU/CSU-Anhänger	52 %

Contra Reformen (insgesamt 57 %)

Arbeitslose	79 %
Linke-Anhänger	75 %
Hartz-IV-Haushalte	74 %
Anhänger von Rechtsparteien	73 %
Arbeiter	69 %
Facharbeiter	67 %

3

Potenziale der Demokratiedistanz

„Was glauben Sie, wie gut funktioniert die Demokratie bei uns in Deutschland?“

62 Prozent der Bundesbürger äußern ihre Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland: Für 8 Prozent funktioniert sie „sehr gut“, für weitere 54 Prozent „gut“.

Kritisch äußern sich insgesamt 4 von 10 Deutschen: 31 Prozent meinen, die Demokratie funktioniere „weniger gut“, 6 Prozent bewerten sie „schlecht“.

Auffällig: Einige Bevölkerungsgruppen beurteilen die demokratische Praxis mehrheitlich kritisch:

- Arbeitslose	73 %
- Anhänger von Rechtsparteien	71 %
- Befragte aus Hartz-IV-Haushalten	63 %
- Ostdeutsche	61 %
- Haushaltsnetto-Einkommen unter 700 Euro	60 %
- Anhänger der Linken	59 %
- Nichtwähler	55 %

„Wenn Sie einmal an das Leben in Deutschland denken: Ist unsere Gesellschaftsordnung, so wie sie jetzt in Deutschland ist, wert, dass man dafür eintritt?“

Die große Mehrheit der Bundesbürger (78 %) findet, dass unsere Gesellschaftsordnung verteidigungswert ist (25 % vorbehaltlos, weitere 53 % mit Einschränkungen).

Aber: 22 % der Deutschen sind gegenteiliger Auffassung!

In einigen gesellschaftlichen und politischen Gruppen ist sogar jeweils eine Mehrheit der Auffassung, unsere Gesellschaftsordnung sei nicht verteidigungswert:

- Anhänger von Rechtsparteien	52 %
- Befragte, denen zufolge die Demokratie „weniger gut/ schlecht“ funktioniert	53 %
- Arbeitslose	54 %
- Befragte aus Hartz-IV-Haushalten	52 %.

Ebenfalls häufig auf Distanz zur bundesdeutschen Gesellschaftsordnung gehen:

- Ostdeutsche	38 %
- Arbeiter	37 %
- und Befragte, die sich „im Leben eher ungerecht behandelt fühlen“	45 %

„Wenn jemand sagt: Mit der Demokratie können wir die Probleme lösen, die wir in Deutschland haben. Wie stark stimmen Sie dem zu?“

Zwei Drittel der Bundesbürger stimmen der Aussage zu, aber ein Drittel ist gegensätzlicher Auffassung.

Besonders kritisch („stimme eher nicht / überhaupt nicht zu“) sind hierbei:

- Anhänger von Rechtsparteien	75 %
- Befragte, denen zufolge die Demokratie „weniger gut/schlecht“ funktioniert	63 %
- potenzielle Nichtwähler	54 %
- Ostdeutsche	53 %
- Befragte, die sich im Leben „eher ungerecht behandelt“ fühlen	52 %

Auffallend: Die „Problemlösungskraft der Demokratie wird in Ostdeutschland (53 %) insgesamt deutlich kritischer beurteilt als von den Anhängern der Linkspartei (43 %).

4

Politisches Interesse und Wahlverhalten

„Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“

Nur knapp ein Drittel der Bundesbürger bezeichnet sich als politikinteressiert: 4 Prozent „sehr stark“, weitere 26 Prozent bekunden „starkes“ Interesse an politischen Themen.

Außer den Parteianhängern (35 bis 45 %) sind überdurchschnittlich interessiert:

- Pensionäre	65 %
- einfache und qualifizierte Beamte	59 %
- Angehörige höherer sozialer Schichten	57 %
- Leitende Angestellte und Beamte	54 %
- Befragte mit Abitur	50 %
- Selbstständige	49 %
- Haushalts-Nettoeinkommen über 3.000 Euro	45 %
- Männer	40 %

Zumindest ein gewisses Interesse am politischen Geschehen („etwas interessiert“) zeigen 45 Prozent. Darunter häufig:

- Teilzeit Beschäftigte (Frauen)	53 %
- Angestellte	53 %
- und Facharbeiter	50 %

Ausgesprochen desinteressiert sind insgesamt 25 Prozent (18 % „kaum“ bzw. 7 % „gar kein Interesse“), vor allem:

- Potenzielle Nichtwähler	59 %
- Arbeiter	55 %
- Arbeitslose	43 %
- Befragte aus Hartz-IV-Haushalten	42 %
- Haushaltsnetto-Einkommen unter 700 Euro	41 %
- und unter 24-Jährige	41 %.

„Können Sie sich vorstellen, dass Sie bei der nächsten Bundestagswahl nicht wählen gehen?“

Insgesamt 47 Prozent der Befragten können sich durchaus vorstellen, an der nächsten Bundestagswahl nicht teilzunehmen, für 52 Prozent der Bundesbürger kommt dies nicht in Frage.

Das Fernbleiben von der Wahlurne wird vor allem in Erwägung gezogen von:

- | | |
|---|---------|
| - Befragte mit unsicherer Parteipräferenz | (71 %) |
| - Arbeitslose | (69 %) |
| - Hartz-IV-Haushalte | (64 %) |
| - Vom Leben „ungerecht Behandelte“ | (61 %) |
| - Haushalts-Nettoeinkommen unter 700 Euro | (58 %) |
| - Arbeiter | (57 %) |
| und | |
| - unter 24-Jährige | (56 %). |

Interessant: Jüngere weisen zwar keine auffällige Demokratiedistanz auf, Nichtwählen ist trotzdem weit verbreitet, gleichzeitig ist das politische Interesse bei vielen (siehe Seite 10) nicht vorhanden. Ganz offensichtlich gibt es für Jüngere keine „Norm“, keinen „Zwang“ zum Wählen (ganz im Gegensatz zu älteren Befragten, insbesondere bei über 65-Jährigen). Man nimmt sich vielmehr ganz einfach die Freiheit, nicht zu wählen.

Es ist Aufgabe der Politik und der Parteien, sie davon zu überzeugen, dass Politik spannend sein kann und dass „Wählen gehen“ einen Sinn für sie hat.

„Zeitpunkt der Wahlentscheidung“

Jeder Zehnte beteiligt sich laut eigenem Bekunden grundsätzlich nicht an Bundestagswahlen.

26 Prozent der Bundesbürger bezeichnen sich als **überzeugte Parteianhänger**, für die es kein langes Überlegen gibt.

Überrepräsentiert sind hierbei:

- Pensionäre	(51 %)
- Anhänger der CDU/CSU	(48 %)
- Anhänger der FDP	(46 %)
- Anhänger der SPD	(41 %)
- Angehöriger höherer Schichten	(39 %)
- einfache und qualifizierte Beamte	(38 %)
- leitende Angestellte und Beamte	(37 %)
- Selbstständige	(37 %)
- und über 65-Jährige	(36 %)

42 Prozent treffen laut Eigenauskunft ihre Entscheidung, ob sie wählen gehen und ggf. welche Partei sie wählen **in den letzten Wochen vor der Wahl**.

Auffallend häufig darunter:

- Hausfrauen	(51 %)
- 35 bis 44-Jährige	(47 %)
- einfache und qualifizierte Angestellte	(47 %)

Weitere 22 Prozent treffen ihre Wahlentscheidung **erst unmittelbar vor der Wahl oder auch erst am Wahltag selbst**. Zu den „Last-Minute-Entscheidern/Wählern“ zählen besonders häufig:

- Unsichere	(41 %)
- unter 24-Jährige	(33 %)
- Hartz-IV-Haushalte	(30 %)
- Arbeitslose	(30 %)

Fazit:

Auf vergleichsweise große Distanz zur Demokratie in Deutschland gehen Anhänger von Parteien aus dem rechten oder linken Spektrum.

Ganz offensichtlich gibt es einen engen Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der eigenen finanziellen Situation und der generellen Einstellung zur Demokratie in Deutschland: Personen mit schwierigen Lebensumständen weisen eher eine Demokratiedistanz auf als Menschen aus „gesicherten“ und „geordneten“ Verhältnissen.

These: Armut bzw. soziale Disparität führen zu Demokratieverdruss!

Befragte aus „prekären“ Lebenswelten stehen zudem Reformen eher ablehnend gegenüber und interessieren sich nur mäßig für politische Sachverhalte.

Andere Indikatoren wie Geschlecht, Alter oder auch Schulbildung spielen hierfür hingegen eine eher untergeordnete bzw. keine Rolle.

Einen Sonderfall stellen die Bürger aus den neuen Bundesländern dar, die mehrheitlich – weitgehend unabhängig von ihrer persönlichen sozialen Stellung – eine große Distanz zur Demokratie besitzen.

Auffallend: Obwohl keine grundsätzliche Distanz zur Demokratie besteht, ist in den Alterskohorten der unter 24-Jährigen ein deutliches Politikdesinteresse nachweisbar.

Anhangcharts

Potenziale der Demokratieentfremdung

	Gesamt	West	Ost
➤ Die Demokratie in Deutschland funktioniert „weniger gut / schlecht“.	37	31	61
➤ Mit der Demokratie können wir die Probleme, die wir in Deutschland haben „eher nicht / nicht“ lösen.	32	27	52
➤ Mit der Demokratie, wie sie bei uns heute ist, habe ich nichts zu tun.			
- „Stimmt“	25	21	41
- „Stimmt nicht, aber nachvollziehbar“:	34	35	32
		Prozent	

Potenziale der Demokratieentfremdung

- Rund ein Drittel der Deutschen sind mit der Ausgestaltung der Demokratie unzufrieden.

- Rund ein Viertel distanziert sich sogar ausdrücklich und möchte „mit der Demokratie, wie sie bei uns heute ist, nichts zu tun haben.“

- In Ostdeutschland ist die Distanz zur Demokratie sehr viel ausgeprägter als in Westdeutschland.

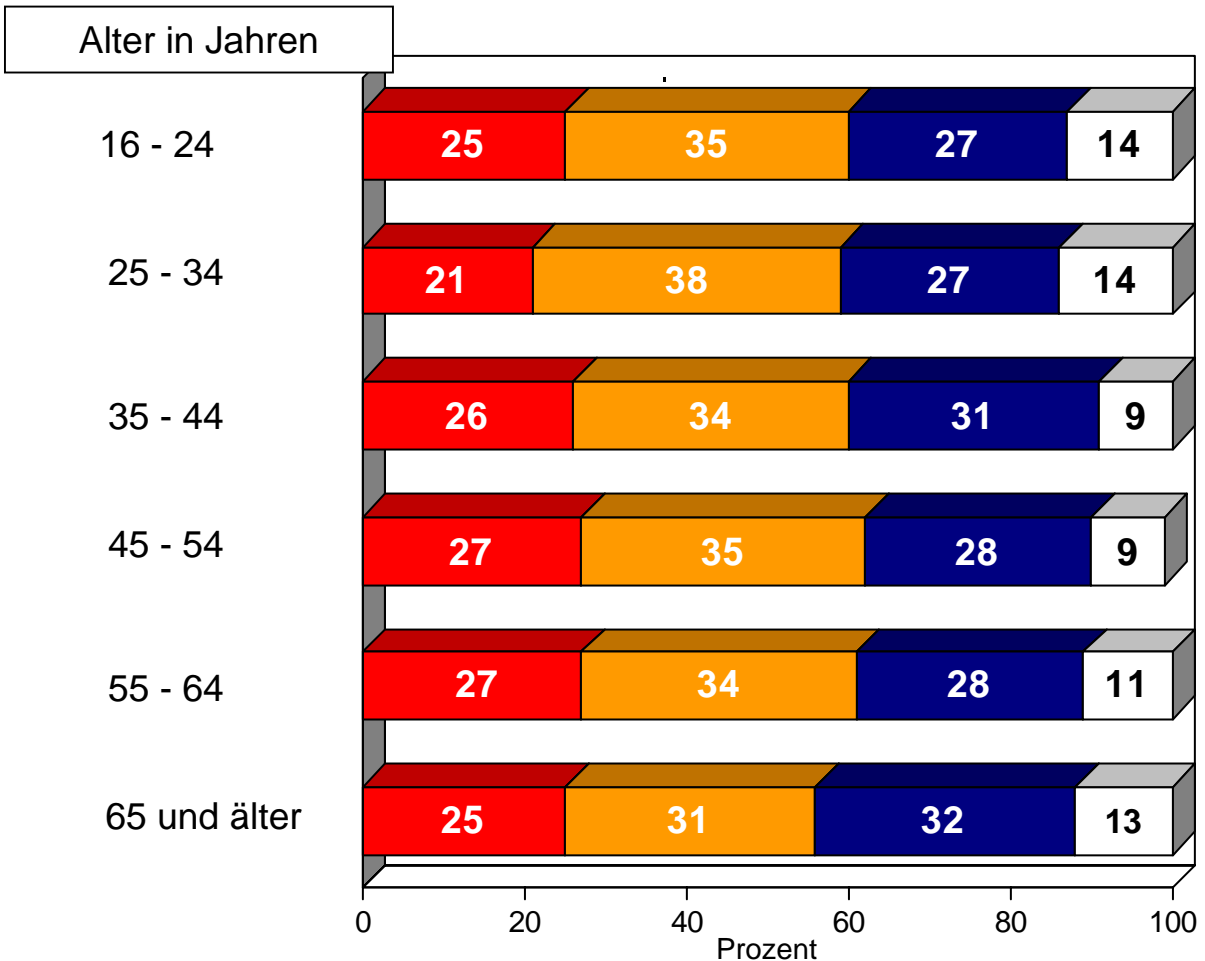
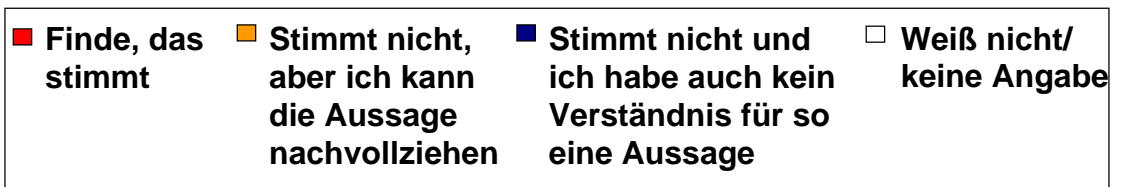
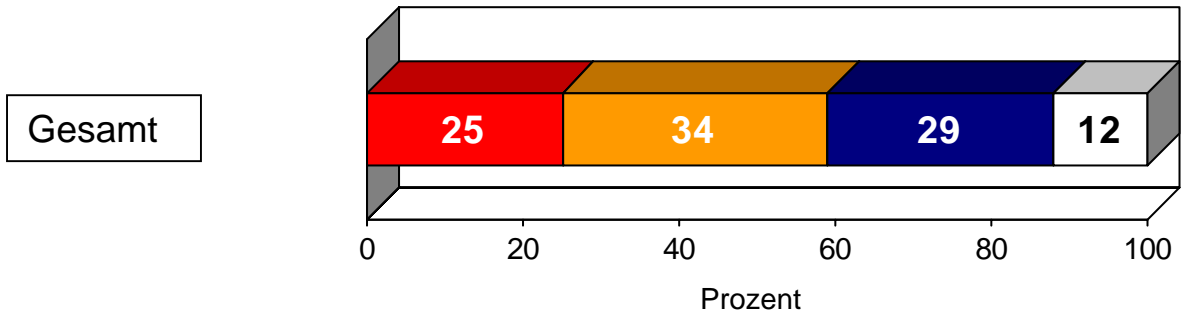
- Drei von zehn Westdeutschen, aber sechs von zehn Ostdeutschen bewerten das Funktionieren der Demokratie negativ.

- Zwei von zehn Westdeutschen, aber vier von zehn Ostdeutschen finden, unsere Gesellschaftsordnung sei es nicht Wert, dass man dafür eintritt.

Demokratie: Funktioniert die Demokratie?

„Eigentlich will ich die Demokratie, aber so, wie sie bei uns heute ist, habe ich damit nichts zu tun“

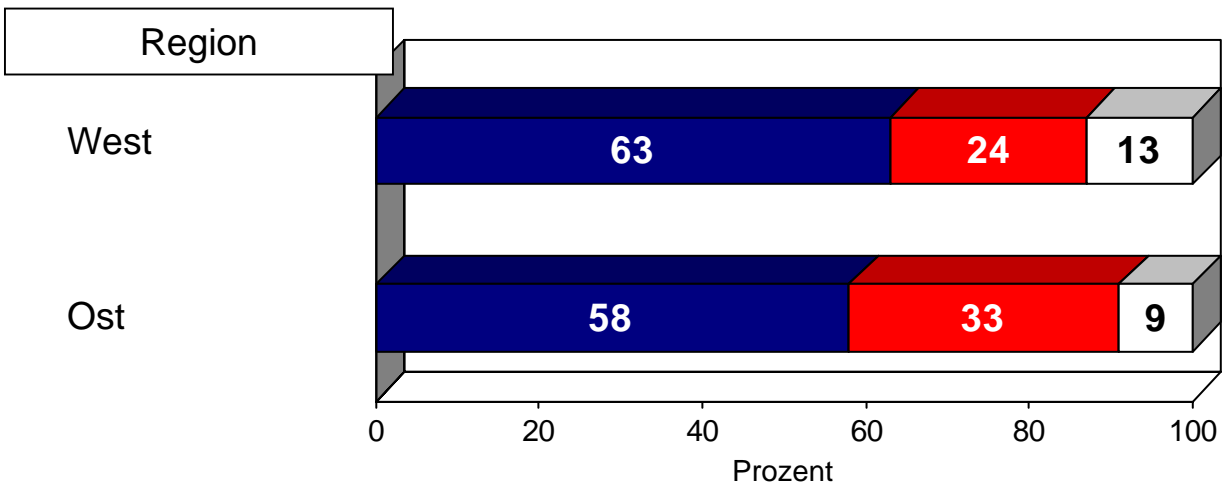
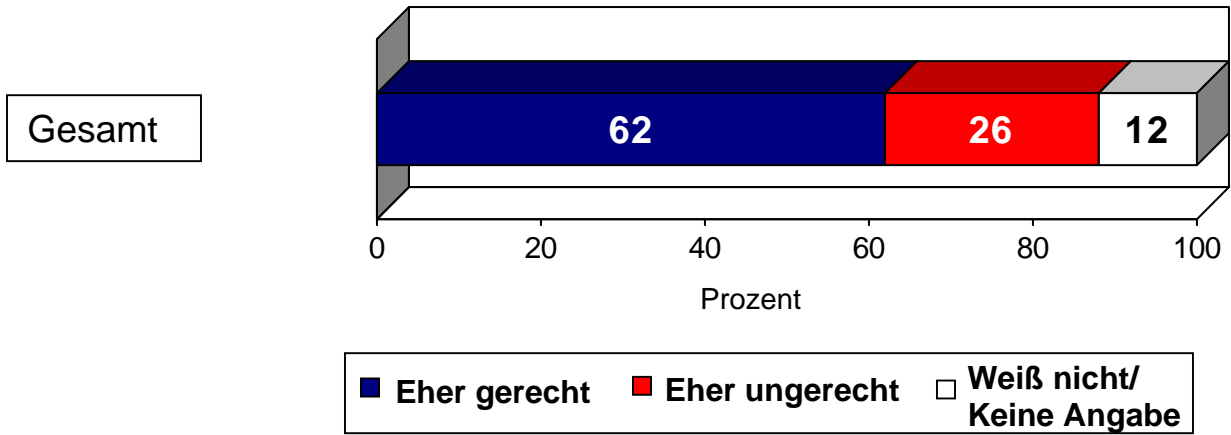
Basis: Gesamt



Die persönlichen Lebensumstände

„Fühlen Sie sich in Ihrem Leben eher gerecht oder eher ungerecht behandelt?“

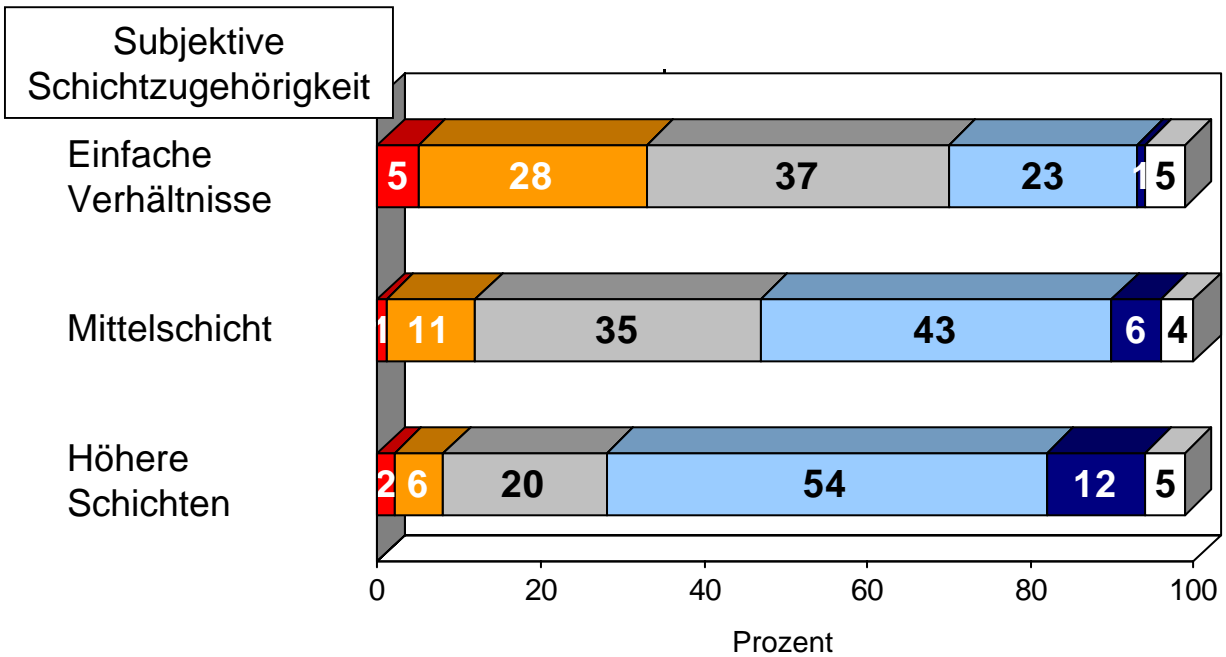
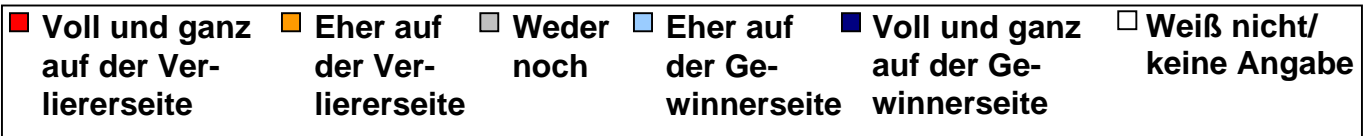
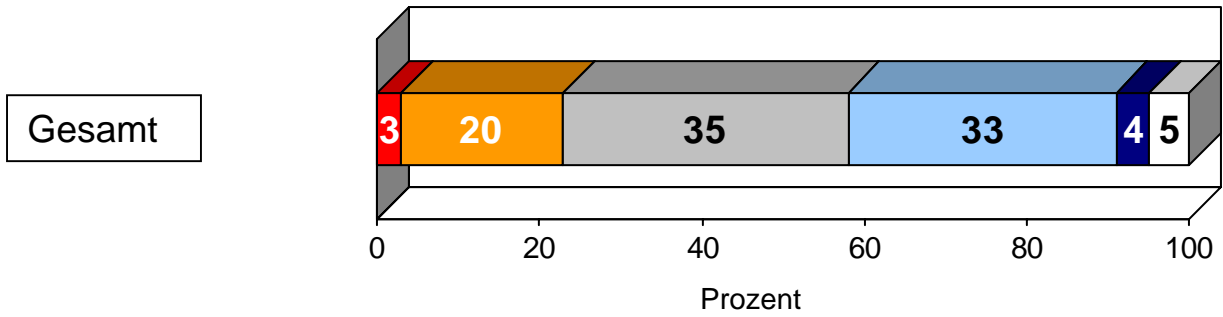
Basis: Gesamt



Die persönlichen Lebensumstände

Auf der Gewinner- oder Verliererseite des Lebens?

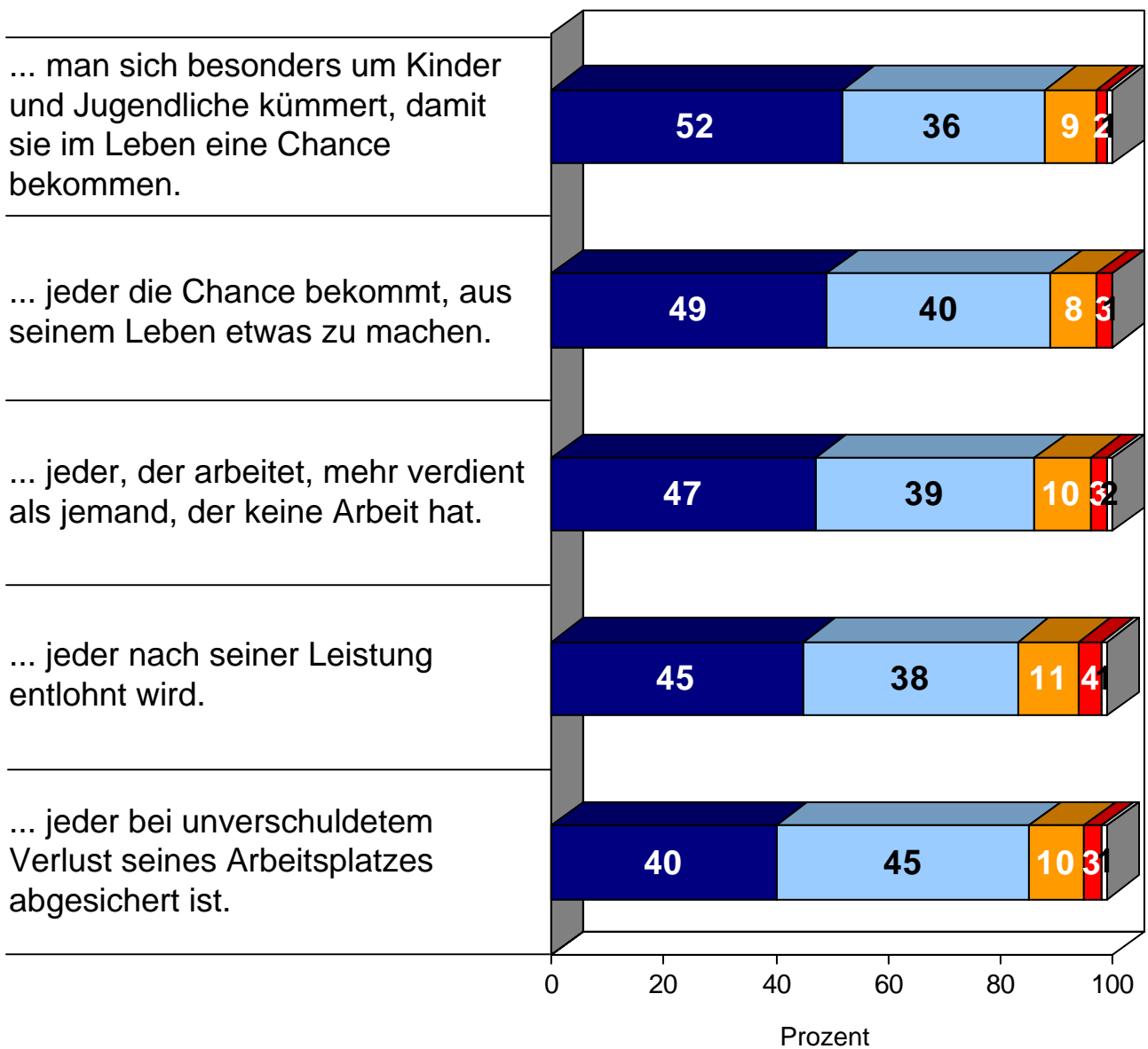
Basis: Gesamt



Soziale Gerechtigkeit

„Soziale Gerechtigkeit bedeutet für mich, dass ...“ (1/2)

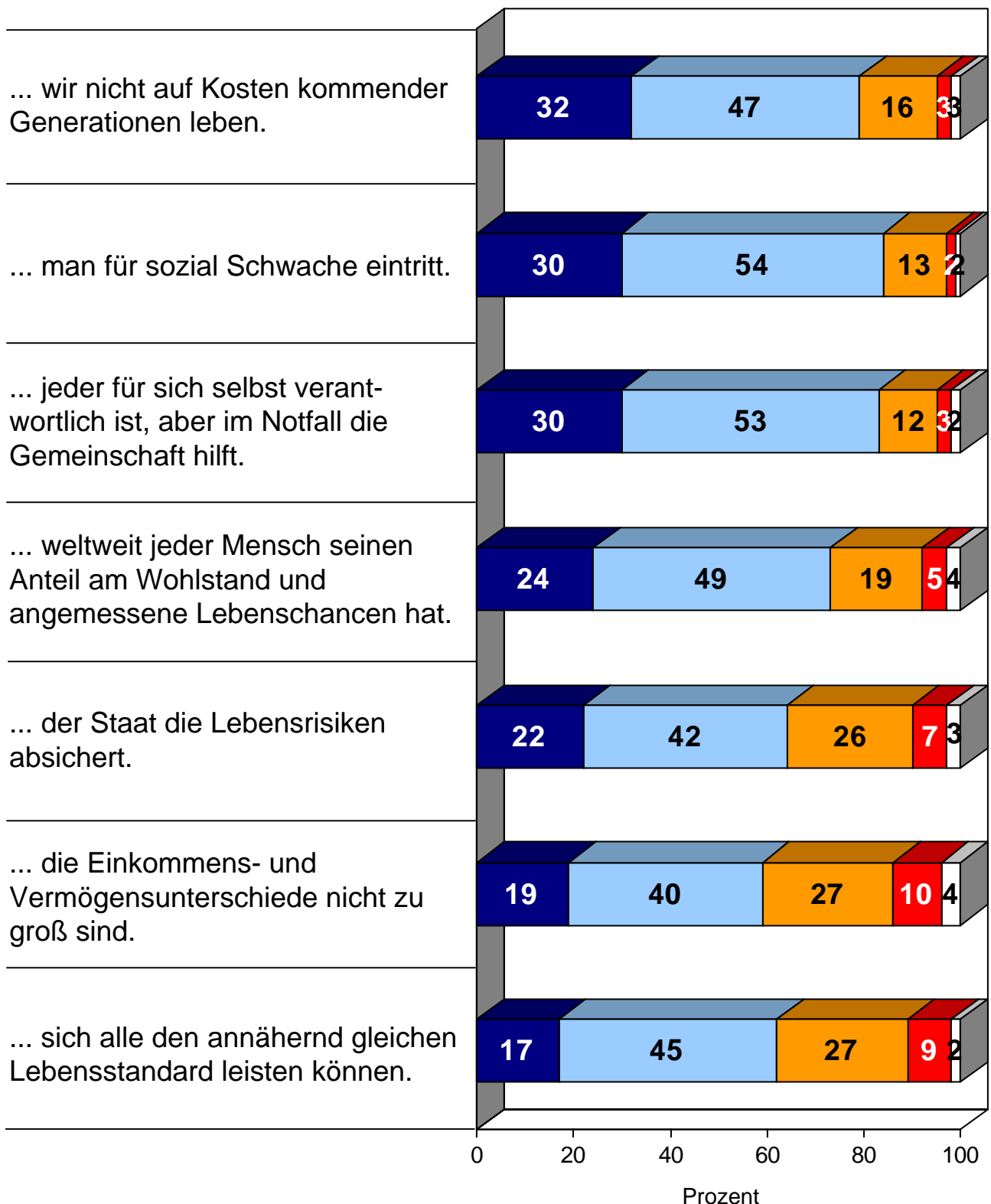
Basis: Gesamt



Soziale Gerechtigkeit

„Soziale Gerechtigkeit bedeutet für mich, dass ...“ (2/2)

Basis: Gesamt



Die fünf wichtigsten **Dimensionen** von **sozialer Gerechtigkeit**:

- Kindern und Jugendlichen eine Chance im Leben geben.
- Jedem die Chance geben, aus seinem Leben etwas zu machen.
- Wer arbeitet, soll mehr verdienen als der, der keine Arbeit hat.
- Jeder soll nach seiner Leistung entlohnt werden.
- Jeder soll bei einem unverschuldeten Verlust seines Arbeitsplatzes abgesichert sein.

Demokratie: Funktioniert die Demokratie?

„Eigentlich will ich die Demokratie, aber so, wie sie bei uns heute ist, habe ich damit nichts zu tun“

Basis: Gesamt

